

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 14

Artikel: Ziel verdeutlicht, Wege verwischt
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094230>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgai zur sowjetischen Parteikonferenz

Ziel verdeutlicht, Wege verwischt

Die 19. Allunions-Parteikonferenz vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau wird als Wendepunkt in die sowjetische Geschichte eingehen. Noch nie wurde seit Lenin so offen über die Probleme dieses riesigen Vielvölkerreiches gesprochen, noch nie wurde das Scheitern des stalinistischen Staatsmodells so

deutlich an die Öffentlichkeit getragen wie auf dieser Konferenz mit ihren beinahe 5000 Parteidelegierten. Und noch nie war allerdings auch die Ratlosigkeit der sowjetischen Machtelite bezüglich der Zukunft ihres Staates grösser als während diesen vier Tage der geöffneten Türen.

Parteichef Michail Gorbatschow gelang es tatsächlich, mit seiner Politik der Glasnost die Hemmschwelle der Kritik zu überschreiten; der in Gang gesetzte Prozess ist nicht mehr zu stoppen.

Mehr Glasnost als je

Der Wunsch nach freier Meinungsäußerung brach nach Jahrzehnten des Schweigens mit elementarer Kraft auf. Die durch Gorbatschow ermunterte Kritik machte selbst vor den Mächtigsten des Politbüros nicht halt. Die Forderung des Rücktritts älterer Politbüromitglieder wie beispielsweise Staatschef Gromyko, welche für die seit langem andauernde Stagnation und die Missstände verantwortlich gemacht werden, ist Ausdruck eines starken politischen Erdbebens. Die Suche nach einem gangbaren Weg der politischen und wirtschaftlichen Erneuerung kann jedoch noch lange dauern.

Über die Reformbedürftigkeit des Bestehenden war man sich im klaren, und die Kritik war denn auch breitgestreut, aber alternative Vorstellungen über die Perestrojka gab es weder für Gorbatschow selber noch für die Delegierten.

So war der Parteichef die herausragende und dominierende Figur dieser Parteikonferenz, was er sichtlich genoss. Er konfrontierte die Delegierten mit unumstößlichen Tatsachen ohne irgendwelche ideologischen Schnörkel, wie es ein sowjetischer Parteichef noch nie tat. Er hatte in seiner zweiten Rede sogar den Mut, den Untergang des Sozialismus in Aussicht zu

stellen, falls das sowjetische System nicht reformiert würde. Ansichten, die früher als «mit dem Sozialismus unvereinbare bourgeoise Ideen» bezeichnet und bestraft wurden, lieferte Gorbatschow in seinen «ketzerischen» Reden am laufenden Band. Der Ausspruch: «Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen» klang denn auch wie nach einer Abrechnung mit der Parteiherrschaft.

Der Parteichef hat erkannt, dass grundlegende Reformen ohne die Mitwirkung der Bevölkerung schlichtweg undurchführbar sind: «Wenn wir das Volk nicht in den Verwaltungsprozess einbeziehen, wird ein Apparat, der bei uns aus 18 Millionen Menschen besteht, für deren Unterhalt wir jährlich 40 Milliarden Rubel ausgeben, mit der Aufgabe der Systemerneuerung nicht fertigwerden.»

Die Partei soll weiterhin führen — aber anders

Bis jetzt nahm die Partei eine Stellung ein, die alle Bereiche des Lebens beherrschte. Sogar an dieser sozialistischen Säule will Gorbatschow nun rütteln, auch wenn er das Einparteiensystem, das geistige Primat der kommunistischen Partei, in den Staatsgeschäften beibehalten möchte. «Wir haben die Partei mit der Übertragung von ihr nicht zumutbaren Funktionen überlastet und die Sowjets (Räte) in beträchtlichem Masse ausgeblutet.»

«Die Sowjets sollen durch ein neues Wahlsystem eine Wiedergeburt erleben und in der Ver-

waltung der Regionen und Teilregionen die volle Macht erhalten», sagte der Parteichef in einer seiner Reden.

Gorbatschows Idee, die Diktatur einer Partei in eine rechtsstaatliche Demokratie umzuwandeln, war Anlass eines Artikels in der deutschen Ausgabe der «Prawda»: «Die Partei steht in der Schuld des Volkes, und eine Veränderung des politischen Systems, die Schaffung eines wirklichen sozialistischen Rechtsstaates ist die beste Art, diese Schuld abzutragen.»

Der neue Dualismus von Staat und Partei

Freilich: Wie kann man die Allmacht einer mit diktatorischen Methoden regierenden Staatspartei mit dem freien Willen des Volkes vereinbaren? Gorbatschow will aus dem Sowjetmodell ein dualistisches Machtgebilde konstruieren, wobei die Partei mit der Aufwertung der Sowjets auf kommunaler Ebene sowie des Obersten Sowjets auf Parlamentsebene einen Konkurrenten erhalten soll. Die beiden nunmehr in Staats- und Parteimacht geteilten Säulen der Macht sollen gemäss Gorbatschow durch einen obersten Schlichter, der Präsident des Staates und Parteichef zugleich wäre, verbunden werden. Es handelt sich hier also um ein Präsidialsystem, sozusagen eine Regierungs-Personalunion.

Nach Gorbatschows detaillierten Vorstellungen an der Parteikonferenz soll das oberste gesetz-

gebende Organ künftig eine Art Superparlament sein, welches einmal jährlich am «Sowjetkongress» tagt. Der Oberste Sowjet, welcher von nun an demokratisch gewählt werden soll, bestand bis anhin aus 1500 Abgeordneten, zu denen nun noch etwa 750 weitere Abgeordnete hinzutreten, welche von den jeweiligen Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Jugend-, Frauen-, Veteranen- und Intellektuellenverbänden selber gewählt und entsandt werden. Dieser grosse Sowjetkongress berät über die grundlegenden Fragen der Politik und der Wirtschaft. Er wählt etwa 400 bis 450 Abgeordnete, die dann als arbeitsfähiges und permanent ta-

gendes Parlament einen kleineren «Obersten Sowjet» bilden.

Zudem wählt er den Staatspräsidenten, welcher als höchster Exponent aller kommunalen Parlamente (Sowjets) mit beträchtlichen Machtbefugnissen ausgestattet werden soll.

Eine weitere Aufgabe dieses Gremiums ist die Wahl eines «Komitees für Verfassungsaufsicht», also einer Art Verfassungsgericht.

Vom Obersten Sowjet wird auch der Ministerpräsident gewählt, welcher vom Staatspräsidenten vorgeschlagen wird. Wie Gorbatschow

ausführte, verkörpert die Person des Staatspräsidenten auf der höchsten Ebene das jeweilige Gewicht von Partei und Staat. Mit anderen Worten: der künftige Chef des Sowjetstaates präsidiert also sowohl im Politbüro der Partei als auch im permanent tagenden Obersten Sowjet. Damit hätte das Staatsamt mehr Macht als das Parteiamt.

Gorbatschow will mit dem Eingriff der Parteiorgane aller Ebenen in die laufenden Staats-, Kommunal-, und Wirtschaftsentscheidungen energisch Schluss machen. Die Parteichefs der verschiedenen Ebenen, welche ihre Entscheidungen als graue Eminenzen im Hintergrund trafen, sollten sich nun in der Regel als wählbare und abwählbare Abgeordnete auf den jeweiligen Stufen der allgemeinen Öffentlichkeit stellen und ihr auf diese Weise rechenschaftspflichtig werden.

Damit trat Gorbatschow eindeutig für eine Einschränkung der Handlungsbefugnis der Partei sowie für die Trennung der Partei- und Staatsaufgaben ein. Das Zentralkomitee und das Politbüro müssten, sagte er, «in erster Linie als Organe der politischen (und nicht so sehr der administrativen) Führung agieren und operieren». Die führende Rolle der Partei, die Gorbatschow ausdrücklich beibehalten will, müsse durch die Arbeit der Kommunisten in den entsprechenden Organen sichergestellt werden (das heisst durch ihren Leistungsausweis statt durch ihre Befehlsgewalt).

Dialektik der Gewaltentrennung

Wie kann aber eine Gewaltenteilung dieser Art, in der die künftigen Kompetenzen der bisher regierenden Partei nicht klar formuliert wurden, reibungslos funktionieren? Auf diese Frage bekamen die Delegierten vom Parteichef keine Antwort.

Bereits am zweiten Tag des Parteikongresses wurde Kritik laut. Leonid Albakin, ein namhafter Wirtschaftswissenschaftler und Anhänger von Gorbatschows Reformen, äusserte in seinem Vortrag ernsthafte Bedenken, denn wenn man den kommunalen Parlamenten (Sowjets) die Parteisekretäre vorschreibe, hätten diese Parlamente gar keine Wahlmöglichkeit mehr; es gebe dann lediglich einen einzigen Kandidaten, beispielsweise den Parteisekretär für das Stadtparlament. Eine solche Personalunion wäre dann aber ein Widerspruch zu den Rechtsbegriffen des «neuen Denkens».

Es wurden aber auch Einwände anderer Art angemeldet. Die Redaktion der Beschlüsse der Parteikonferenz beanstandete, dass dieser Vorschlag, den Gorbatschow unter Berufung auf das Zentralkomitee gemacht hatte, über die vorher veröffentlichten Thesen des ZK für die Parteikonferenz hinausgehe. Am dritten Tag gab denn der Parteichef auch offen zu, dass er «den Rahmen der ZK-Thesen für die Konferenz etwas erweitert» habe; um so besser.

Es war nun offensichtlich, dass er selbst der erste Mann des Staates werden will, also in der

Die bisherigen Parteikonferenzen

| Partei-konferenz, Ort, Zeitpunkt | Haupttraktanden | Referenten |
|----------------------------------|---|--|
| 1., Tammerfors, Dez. 1905 | Aktuelle Lage. Vereinigung der Bolschewiken und Menschewiken | W. Lenin, P. Rumjanzew, L. Krasin |
| 2., Tammerfors, Nov. 1906 | Wahlen in die 2. Staatsduma, Parteikongress | W. Lenin, L. Martow, A. Warskij, Abramowitsch. |
| 3., Kotka, Juli 1907 | Teilnahme an den Wahlen in die 3. Staatsduma, Blockbildung mit anderen Parteien | W. Lenin, A. Bogdanow, F. Dan. |
| 4., Helsingfors, Nov. 1907 | Taktik der sozialdemokratischen Fraktion in der Staatsduma | W. Lenin. |
| 5., Paris, Dez. 1908 | Zentralkomitee-Bericht, Aktuelle politische Lage | W. Lenin. |
| 6., Prag, Jan. 1912 | Aufgaben der Partei und andere Fragen Bericht der russischen Organisationskommission | W. Lenin G. Ordschonikidse |
| 7., Petrograd, Apr. 1917 | Bericht über die aktuelle Lage — Aprilthesen Bericht über Nationalitätenfrage | W. Lenin und L. Kamenjew J. Stalin |
| 8., Moskau, Dez. 1919 | Zentralkomitee-Bericht Internationale Lage Brennstoffkrise Arbeit mit neuen Parteimitgliedern | W. Lenin und N. Krestinskij G. Tschitscherin A. Rykow N. Bucharin |
| 9., Moskau, Sept. 1920 | Lage in Polen, ZK-Bericht Organisationsbericht des ZK Bericht über den 2. Komintern-Kongress | W. Lenin N. Krestinskij G. Sinowjew |
| 10., Moskau, Mai 1921 | Bericht über Naturalsteuer Bericht über Kooperative Bericht über die Finanzreform Bericht über den 3. Komintern-Kongress | W. Lenin L. Chimitschuk E. Preobraschenskij K. Radek |
| 11., Moskau, Dez. 1921 | Aufgaben der Partei betreffend Wiederaufbau der Volkswirtschaft Bericht über die Landwirtschaft Bericht über Kooperative | L. Kamenjew N. Osinskij L. Chimitschuk |
| 12., Moskau, Aug. 1922 | Internationale Lage Gewerkschaften Kooperative Antisowjetische Strömungen und 4. Komintern-Kongress | G. Sokolinkow M. Tomskij W. Kybyschew Y. Sinowjew |
| 13., Moskau, Jan. 1924 | Aufgaben der Wirtschaftspolitik, Fragen des Parteaufbaus und der internationalen Lage | W. Molotow, A. Mikojan |
| 14., Moskau, Apr. 1925 | Resolution über die Entwicklung der NEP in der Landwirtschaft Resolution über Metallurgieindustrie Resolution über den Aufbau des Sozialismus in einem einzelnen Land | A. Rykow F. Dserschinskij G. Sinowjew |
| 15., Moskau, Okt. 1926 | Bestätigung des Kurses der Industrialisierung, Ergebnisse des Kampfs gegen trotzkistisch-sinowjewsche Opposition | N. Bucharin, A. Rykow, M. Tomskij, J. Stalin. |
| 16., Moskau, Apr. 1929 | Annahme der optimalen Variante des 1. Fünfjahresplans Massnahmen zur Stärkung der Landwirtschaft | A. Rykow, W. Kujbyschew, G. Krschischanowskij M. Kalinin. |
| 17., Moskau, Jan. 1932 | Richtlinien für den 2. Fünfjahresplan | G. Ordschonikidse, A. Miko, J. Stalin, W. Molotow, W. Kujbyschew. |
| 18., Moskau, Febr. 1941 | Massnahmen zur Temposteigerung der Industrieentwicklung | G. Malenkow. |

Georg Bruderer

von ihm kreierte Ämterkombination Staats- und Parteichef zugleich. Diesen stummen Vorwurf entkräftete er sehr geschickt mit den Worten, dass er diesen Vorschlag nicht gemacht habe, um «klammheimlich und stillschweigend, gestützt auf die Autorität der Konferenz, unauffällig eine Idee durchzuschmuggeln». Ihm gehe es vielmehr um eine Wiedergeburt der Sowjets und darum, diese mit der Autorität der Partei auszustatten. (Wobei die Möglichkeit besteht, dass dieses Argument nicht nur geschickt, sondern tatsächlich auch so gemeint war.)

Ob das Politbüro und das Zentralkomitee, in denen schon vor der Konferenz über Gorbatschows Pläne, also noch ohne die Idee der Ämterkombination, heftig diskutiert wurde, die Machterweiterung des Parteichefs wortlos hinnehmen werden, bleibt dahingestellt. Die Parteikonferenz nahm schliesslich mit überragender Mehrheit Gorbatschows Antrag auf eine kombinierte Partei- und Staatsführung an, was ihn in seinem Bemühen, auch noch den letzten Widerstand der Parteispitze zu brechen, stärken wird.

Die Parteikonferenz beschloss, bis April 1989 die Reform des politischen Systems durchzuführen, die Neuorganisation des Parteiapparates und die ersten Parteiwahlen jedoch erst bis Oktober jenes Jahres. Die Amtszeit aller Parteifunktionäre soll auf höchstens zehn Jahre (zwei Wahlperioden) begrenzt werden.

Die Parteikonferenz billigte ohne Gegenstimmen die übrigen Resolutionen: Mehr Freiheit

für die Massenmedien, ein Denkmal für die Opfer des Stalinismus und die Neuregelung der Nationalitätenfrage.

Dem ZK müsste eigentlich besonders irritierend erscheinen, dass der künftige Staatspräsident, welcher nun zugleich Parteichef ist, über die Schlüsselfragen der Innen-, der Aussen- und der Verteidigungspolitik sowie der Wirtschaft entscheiden soll. Dies käme praktisch der Entmachtung des ZK und des Politbüros gleich. Wenn das Zentralkomitee, welches noch immer die höchste Macht im Sowjetstaat repräsentiert, beabsichtigt, Gorbatschows Reformpolitik zu stoppen, bleibt ihm allerdings nicht mehr viel Zeit, gegen die Beschlüsse der Parteikonferenz vorzugehen.

Hingegen bestehen Gorbatschows Chancen darin, dass es in den obersten Parteigremien über die Notwendigkeit von Reformen keine Differenzen gibt und zurzeit auch kein Mensch am Horizont ist, der zu Gorbatschows Reformplänen nennenswerte Gegenvorschläge machen könnte.

Missachtete Wirtschaftspriorität?

Auf jeden Fall steht fest, dass Gorbatschow einen schwierigen Weg der Reformierung und Demokratisierung des Systems gewählt hat. Es wird seine Bestrebungen ungemein erschweren, dass er die Wirtschaftsreform erst dann intensiv in Angriff nehmen will, wenn der politische Umbau weitgehend abgeschlossen ist. Da es zu

berücksichtigen gilt, dass die UdSSR noch nie eine funktionierende Demokratie besass, kann die Änderung des politischen Systems mehrere Jahre in Anspruch nehmen, in denen es nahezu unmöglich sein wird, auf die immer deutlicher werdende Unzufriedenheit der breiten Massen wegen der Versorgungskrise wirksam einzugehen. Gorbatschow muss mit einem gewaltigen Stimmungsrückschlag rechnen, wenn die Regale der Lebensmittelgeschäfte noch länger leer bleiben, zumal die Arbeiterlöhne seit seinem Amtsantritt infolge der Disziplinierungskampagne in vielen Betrieben gesunken sind.

★

Die grössten Probleme der Sowjetunion sind in erster Linie wirtschaftlicher Natur. Aus diesem Grunde sollte eigentlich das Hauptgewicht der Reformen der Wirtschaft und nicht dem politischen System zukommen. (Aber um die Wirtschaft tauglich zu reformieren, braucht es wiederum politische Strukturänderungen; es ist ein bisschen die Frage nach der Reihenfolge von Huhn und Ei; cb) Die Missachtung dieser Prioritätenlage ist – auch nach der marxistischen Ideologie – ein mit vielen Risiken behafteter politischer Fehler, welcher Gorbatschows lobenswertes Ziel, der Sowjetunion eine rechtsstaatliche Demokratie zu verschaffen, leicht auf Sand auflaufen lassen könnte. ■

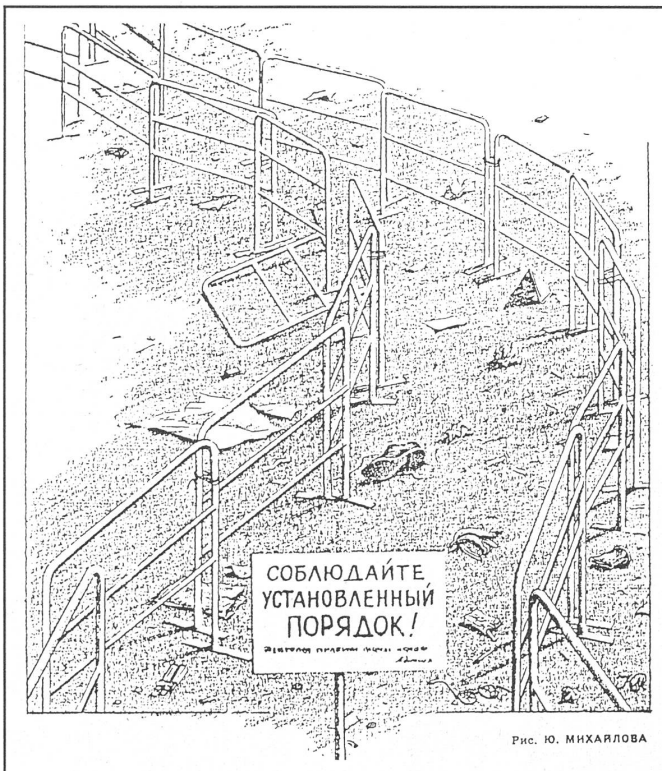


Рис. Ю. МИХАЙЛОВА

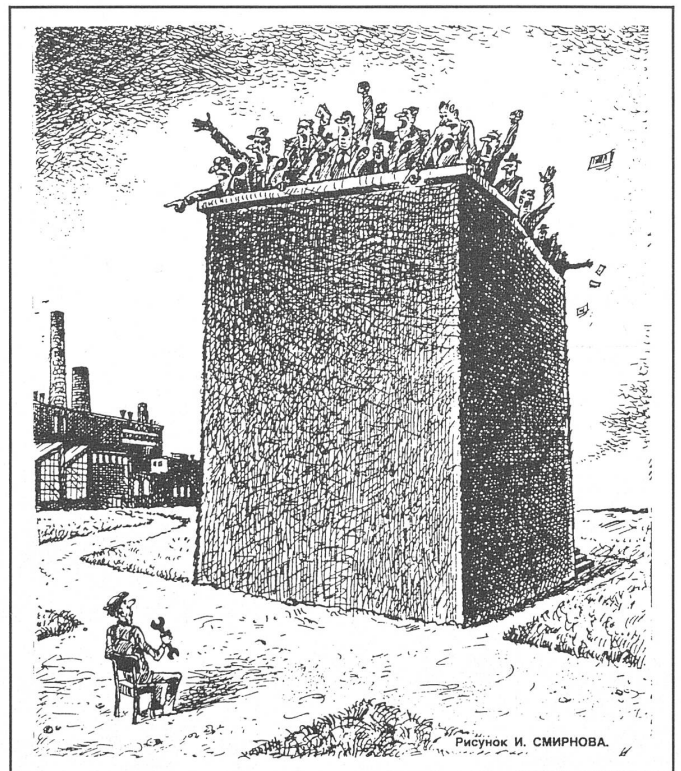


Рисунок И. СМЕРНОВА

Links: «Die herrschende Ordnung ist zu beachten.» («Literaturnaja gaseta», Moskau, Nr. 26/1988). Rechts: Ohne Worte. («Ogonjok», Moskau, Nr. 26/1988).